

A n t w o r t

des Ministeriums der Finanzen

auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU
– Drucksache 16/2491 –

Haushaltslage und Haushaltsentwicklung des Landes Rheinland-Pfalz

Die **Große Anfrage** vom 20. Juni 2013 hat folgenden Wortlaut:

A. Entwicklung der Landesverschuldung

1. Wie hoch sind zum Jahresende 2011, 2012 und voraussichtlich zum Jahresende 2013
 - die Schulden des Landeshaushalts am Kreditmarkt (Kernhaushalt),
 - die Schulden im öffentlichen Bereich (Kernhaushalt),
 - die Schulden gegenüber dem Pensionsfonds, soweit sie in den anderen hier nachgefragten Positionen nicht enthalten sind,
 - die Schulden der Landesbetriebe,
 - die Schulden der Mainzer Universitätskliniken zur Finanzierung des Hochschulbaus,
 - die Schulden des Landes für die private Vorfinanzierung von Landesstraßen, Wasseranlagen und Hochbauten,
 - die Schulden aus der Finanzierung der Krankenhausinvestitionen?
2. Welche Gesamtverschuldung des Landes je Einwohner ergibt sich aus der Verschuldung über die genannten Positionen?
3. Wie hoch ist in den Jahren 2011, 2012 und voraussichtlich 2013 die Nettoneuverschuldung des Landes je Einwohner im Vergleich zu den anderen Flächenländern (Kernhaushalt, Landesbetriebe, Uniklinik, private Vorfinanzierung)?
4. Wie hoch ist der Prozentsatz der Kreditaufnahmen an den bereinigten Gesamtausgaben im Vergleich der Flächenländer in diesen Jahren (Kernhaushalt)?
5. Wie hoch ist der Schuldenstand des Landes je Einwohner in den Jahren 2011, 2012 und voraussichtlich 2013 im Vergleich zu den anderen Flächenländern (Kernhaushalt, Landesbetriebe, Uniklinik, private Vorfinanzierung)?
6. Wie hoch sind zum Jahresende 2012 und voraussichtlich zum Jahresende 2013 die Kredite, die die „PLP Management GmbH & Co. KG“ zum Kauf oder im Rahmen der Aktivierung von Landesvermögen aufgenommen hat und noch refinanzieren muss?
7. In welchem Verhältnis steht bei den beiden Landesbetrieben LBB und LBM Ende 2012 und voraussichtlich Ende 2013 das ausgewiesene Kapital der Betriebe zu den Bankverbindlichkeiten?
8. Wie beurteilt die Landesregierung die Tatsache, dass Rheinland-Pfalz im Gegensatz zu mehreren Bundesländern nicht ohne jährliche Nettoverschuldung auskommt bzw. diesem Punkt nicht nahegekommen ist?

B. Vorbelastungen des Landeshaushalts

9. Wie hoch sind im Jahr 2012 und voraussichtlich im Jahr 2013 die Zinszahlungen, die die „PLP Management GmbH & Co. KG“ leisten muss?
10. Wie hoch sind im Jahr 2012 und voraussichtlich im Jahr 2013 die Zinszahlungen, die aus den Krediten am Kreditmarkt für den Landeshaushalt (Kernhaushalt), für die Kredite beim Pensionsfonds, soweit in den anderen Positionen nicht enthalten, für die private Vorfinanzierung von Investitionsmaßnahmen, für die Kredite der Mainzer Universitätsklinik und die Finanzierung des Krankenhausbaus aus dem Landeshaushalt zu leisten sind, sowie die Zinszahlungen der Landesbetriebe für deren Kredite am Kreditmarkt?

11. Wie hoch ist der Anteil aller dieser Zinszahlungen an den Steuereinnahmen des Landeshaushalts mit und ohne Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen in 2012 und voraussichtlich in 2013?
12. Wie hoch ist in diesen Jahren der Anteil der Zinszahlungen aus dem Kernhaushalt an den Steuereinnahmen incl. LFA und BEZ nach Kenntnis der Landesregierung im Vergleich der Flächenländer?
13. Wie hoch ist in den Jahren 2012 und voraussichtlich 2013 der durchschnittliche Zinssatz für die Kredite am Kreditmarkt des Landeshaushalts (Kernhaushalt)?
14. Welche Auswirkungen wären nach Einschätzung der Landesregierung für die Zinszahlungen des Landes für den Kernhaushalt, den Pensionsfonds, die Landesbetriebe zu erwarten, wenn z. B. ab Mitte 2014, in 2015 und 2016 der durchschnittliche Zinssatz für die Bruttoneuverschuldung um jeweils 1 % steigt?
15. Welche Vorsorge hält die Landesregierung für angebracht, angesichts des derzeit extrem niedrigen Zinsniveaus eine allmähliche Normalisierung der allgemeinen Zinssätze für Zinsen am Kreditmarkt in Rechnung zu stellen?
16. Wie hoch ist zum Jahresende 2012 und voraussichtlich zum Jahresende 2013 die Vorbelastung künftiger Haushalte
 - aus Verpflichtungsermächtigungen,
 - aus verbindlichen Vorabzusagen für Bewilligungen (Bewilligungen und Vorabzusagen für Bewilligungen gegliedert nach Haushaltstiteln),
 - aus Zinszahlungen für die Kredite des Kernhaushalts, der Landesbetriebe, der Universitätsklinik, der privaten Vorfinanzierungen, die Kredite zur Krankenhausfinanzierung,
 - aus den Versorgungsansprüchen von Landesbediensteten und deren Hinterbliebenen?
17. Wie hoch sind in den Jahren 2011, 2012 und voraussichtlich 2013 die Aufwendungen des Landes zum Ausgleich von Verlusten privatwirtschaftlicher Firmen mit Landesbeteiligungen und die Erträge aus solchen Beteiligungen (Auflistung)?
18. Wie hoch sind nach Einschätzung der Landesregierung die jährlichen Investitionen, die notwendig wären, um das Immobilienvermögen des Landes bei Hochbauten und landeseigenen Verkehrsanlagen (aufgegliedert nach Kategorien) im bilanziellen Wert und der Wahrung von technischer Qualität und Sicherheit zu erhalten?

C. Vermögen und Vermögenserträge des Landes

19. Wie hoch ist zum Jahresende 2012 und voraussichtlich zum Jahresende 2013 das Vermögen des Landes aus Forderungen an staatliche und sonstige öffentliche Institutionen und an Private, an Beteiligungen, Immobilien und an sonstigem Vermögen (jeweils aufgegliedert)?
20. In welchem Umfang wurde 2012 und wird voraussichtlich 2013 Vermögen des Landes und der Landesbetriebe veräußert oder aktiviert (nach Jahren aufgeteilt)?
21. In welchem Umfang und für welche Zwecke beabsichtigt die Landesregierung die Veräußerung von Landesvermögen ab dem Jahr 2013?
22. Welche Ausgaben wurden 2012 und werden voraussichtlich 2013 durch Stiftungen mit Beteiligung des Landes aus deren Kapital oder Kapitalerträgen zur Förderung von Kultur, Sozialem, Wissenschaft und Forschung sowie der Wirtschaft in Rheinland-Pfalz getätigt?
23. Welche jährlichen Ausgaben wie Kredite oder Zuschüsse und welche Bürgschaften und Garantien zur Förderung der Wirtschaft des Landes tätigt die Investitions- und Strukturbank des Landes (ISB) aus Eigenmitteln (also nicht aus der Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln) zur Förderung der Wirtschaft des Landes im Jahr 2012 und voraussichtlich 2013?
24. In welcher Höhe wurden oder werden 2011, 2012 und 2013 Investitionsausgaben, allgemeine Verwaltungskosten oder Ausgaben für Zuwendungen (zum Zeitpunkt der Ausgliederung) aus dem Kernhaushalt in Landesbetriebe, Anstalten oder rechtlich selbstständige Einrichtungen ausgelagert?
25. Welche Rückflüsse aus Darlehen im Rahmen der Wohnungsbauförderung gab es in den Jahren 2011, 2012 und gibt es voraussichtlich 2013, 2014 und 2015?
26. In welchem Umfang sind diese rückfließenden Mittel infolge der Maßnahmen zum Verkauf und zur Aktivierung des Wohnungsbauvermögens ab dem Jahr 2004 gebunden und stehen als allgemeine Deckungsmittel des Landeshaushalts oder für die Finanzierung der künftigen Wohnungsbauförderung nicht mehr zur Verfügung?

D. Einnahmen- und Ausgabenentwicklung des Landeshaushalts

27. Wie hoch waren die Steuereinnahmen des Landeshaushalts je Einwohner ohne und mit Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen nach Kenntnis der Landesregierung im Vergleich zu den anderen Flächenländern in den Jahren 2012 und wie hoch werden sie voraussichtlich 2013 sein?

28. Welche zweckgebundenen Zuweisungen erhält das Land 2012 und voraussichtlich 2013 durch den Bund, durch die Europäische Union und andere Stellen (aufgegliedert)?
29. In welchem Umfang werden in der gleichen Zeit notwendige Landesergänzungsmittel zu diesen Zuweisungen verausgabt?
30. Welche Eigenmittel setzte die Investitions- und Strukturbank (ISB) in den Jahren 2011, 2012 und voraussichtlich 2013 für Zwecke der Wirtschaftsförderung (ohne Landwirtschaft) und für die Landwirtschaft ein, gegliedert nach verlorenen Zuschüssen, Krediten und Bürgschaften?
31. Welche Haushaltsmittel setzt das Land im gleichen Zeitraum für die Wirtschaftsförderung (ohne Landwirtschaft) und für die Landwirtschaft ein?
32. Wie entwickelten sich die Nettozahlungen (nach Abzug von Erstattungen) aus dem Landeshaushalt nach Bundessozialhilfegesetz, für Wohngeld, für Landesblindengeld und für die Kosten bzw. Kostenerstattungen, die aus der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern fällig wurden, im Jahr 2012 und voraussichtlich 2013?
33. Wie entwickelt sich die Zahl der Landesbediensteten (in Vollzeitstellen) in den Jahren 2011, 2012 und voraussichtlich 2013, gegliedert nach Ressorts?
34. Wie hoch sind in diesen Jahren die Personalkosten des Landes, gegliedert nach Kosten für aktive Bedienstete und Pensionäre?
35. Welche Zahl an Landesbediensteten (in Vollzeitstellen), gegliedert nach Ressorts, strebt die Landesregierung für die kommenden vier Jahre an?
36. Welche Entwicklung der Personalkosten des Landes ergibt sich daraus?
37. Welche Wege gibt es nach Einschätzung der Landesregierung, die Steigerung der Personalkosten des Landeshaushalts außer der gesetzlichen Festlegung der Anpassung der Beamtenbesoldung auf jährlich 1 % für die Zukunft prozentual geringer zu halten als den Zuwachs der Einnahmen?
38. Welche Ausgaben des Landeshaushalts entfallen in den Jahren 2012 und voraussichtlich 2013 auf Presse- und Öffentlichkeitsarbeit?
39. Welche Haushaltsreste entstanden 2012 und welche Reste wurden in das Folgejahr übertragen?
40. Welches sind für das Haushaltsjahr 2012 die fünf Titel mit den größten Haushaltsresten?
41. Wie entwickelt sich das Verhältnis der laufenden Ausgaben zu den laufenden Einnahmen in den Jahren 2011, 2012 und voraussichtlich 2013?
42. Welche Ausgaben aus dem Landeshaushalt oder der Landesbetriebe ergeben sich nach Einschätzung der Landesregierung für die kommenden vier Jahre aus ihrem Ziel, bis 2030 die gesamte in Rheinland-Pfalz verbrauchte elektrische Energie bilanziell im Land selbst aus erneuerbaren Energien zu erzeugen?
43. Welche landesgesetzlichen und welche administrativen Maßnahmen zur Steigerung der Einnahmen des Landeshaushalts wird die Landesregierung in den kommenden vier Jahren ergreifen, um die Nettoneuverschuldung des Landes zu verringern?
44. Welche landesgesetzlichen und welche administrativen Maßnahmen zur Begrenzung der Ausgaben des Landeshaushalts wird die Landesregierung in den nächsten vier Jahren ergreifen, um die Nettoneuverschuldung des Landes zu verringern?
45. Mit welchen Mitteln beabsichtigt die Landesregierung, die in der geltenden Finanzplanung vorgesehene Senkung der sächlichen Verwaltungsausgaben (Hgr. 5) von in 2011 veranschlagten 752 Millionen Euro auf 703 Millionen Euro in 2016 und in der Langfristplanung bis 2020 auf 572 Millionen Euro zu bewerkstelligen?
46. Welche Auswirkungen auf die Substanzerhaltung und die Modernisierung der Infrastruktur in Rheinland-Pfalz hat die Landesregierung im Zusammenhang mit der in der geltenden Finanzplanung vorgesehenen Einfrierung der Investitionsausgaben ohne den kommunalen Finanzausgleich bis 2020 auf 540 Millionen Euro und der damit verbundenen realen Senkung einkalkuliert?
47. Welche Erhöhung von Gemeinschaftssteuern, von Landessteuern und Landesabgaben in welcher Höhe, zu welchem Zeitpunkt und mit welchen zu erwartenden Einnahmen für den Landeshaushalt ist nach Auffassung der Landesregierung erforderlich, damit Rheinland-Pfalz bis spätestens 2020 auf eine Nettoneuverschuldung für seinen Haushalt verzichten kann?

Das **Ministerium der Finanzen** hat die Große Anfrage namens der Landesregierung – Zuleitungsschreiben der Chefin der Staatskanzlei vom 5. August 2013 – wie folgt beantwortet:

A. Entwicklung der Landesverschuldung

1. Wie hoch sind zum Jahresende 2011, 2012 und voraussichtlich zum Jahresende 2013
 - die Schulden des Landeshaushalts am Kreditmarkt (Kernhaushalt),
 - die Schulden im öffentlichen Bereich (Kernhaushalt),
 - die Schulden gegenüber dem Pensionsfonds, soweit sie in den anderen hier nachgefragten Positionen nicht enthalten sind,
 - die Schulden der Landesbetriebe,
 - die Schulden der Mainzer Universitätskliniken zur Finanzierung des Hochschulbaus,
 - die Schulden des Landes für die private Vorfinanzierung von Landesstraßen, Wasseranlagen und Hochbauten,
 - die Schulden aus der Finanzierung der Krankenhausinvestitionen?

Siehe Antwort zu Frage 2.

2. Welche Gesamtverschuldung des Landes je Einwohner ergibt sich aus der Verschuldung über die genannten Positionen?

Schuldenstand in Rheinland-Pfalz

	2011 ¹⁾		2012 ¹⁾		2013 (Prognose)	
	Mio. EUR	EUR/Einw.	Mio. EUR	EUR/Einw.	Mio. EUR	EUR/Einw.
Kernhaushalt (Kreditmarktschulden)	29 093	7 292	29 811	7 473	30 479	7 640
Kernhaushalt (Schulden im öffentlichen Bereich)	732	184	695	174	662	166
Darlehen beim Pensionsfonds ²⁾	1 985	498	2 536	636	3 165	793
Landesbetrieb Mobilität (Kreditmarktschulden)	1 685	422	1 785	448	1 954	490
Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (Kreditmarktschulden)	594	149	644	161	735	184
Klinikum Johannes Gutenberg-Universität	88	22	87	22	89	22
Private Vorfinanzierung von Landesstraßen, Wasseranlagen und Hochbauten	169	42	156	39	142	36
Krankenhausinvestitionen (Kapitalrestschuld)	239	60	241	60	244	61

1) Kassenstand zum 31. Dezember des jeweiligen Jahres.
 2) Diesen Schulden stehen Finanzvermögen des Landes gegenüber.

3. Wie hoch ist in den Jahren 2011, 2012 und voraussichtlich 2013 die Nettoneuverschuldung des Landes je Einwohner im Vergleich zu den anderen Flächenländern (Kernhaushalt, Landesbetriebe, Uniklinik, private Vorfinanzierung)?

In der nachfolgenden Tabelle wird lediglich die Nettokreditaufnahme der Kernhaushalte dargestellt, da der Landesregierung keine Informationen über die Landesbetriebe und die weiteren Extrahaushalte der anderen Länder für das noch laufende Haushaltsjahr 2013 vorliegen.

Die Nettokreditaufnahme in Euro je Einwohner von Rheinland-Pfalz (einschließlich Landesbetriebe, Klinikum Johannes Gutenberg-Universität und private Vorfinanzierung) beträgt 565 EUR in 2011, 254 EUR in 2012 sowie voraussichtlich 387 EUR in 2013.

Nettokreditaufnahme der Kernhaushalte in Euro je Einwohner im Ländervergleich^{*)}

Jahr ¹⁾	BW	BY	HE	NI	NW	RP	SL	SH	Flächenländer West ²⁾	BB	MV	SN	ST	TH	Flächenländer Ost ²⁾	Flächenländer-gesamtheit ²⁾
	in EUR je Einwohner															
2011	0	– 15	248	271	181	506	403	198	154	0	– 62	– 346	92	120	– 82	114
2012	0	– 80	164	– 245	56	221	366	– 33	3	– 286	– 54	8	– 9	– 75	– 75	– 10
2013	169	– 42	216	80	207	325	528	161	146	135	0	72	– 11	– 30	42	129

*) Ohne Nettokreditaufnahme bei öffentlichen Haushalten (Gebietskörperschaften).
 1) 2011: endgültiges Ist laut ZDL-Vierteljahreskassenstatistik; 2012: vorläufiges Ist laut ZDL-Vierteljahreskassenstatistik; 2013: Haushaltsansätze laut ZDL.
 2) Unkonsolidiert.
 Das Verhältnis zwischen Nettokreditaufnahme und Einwohnerzahl eignet sich nur sehr eingeschränkt als Vergleichsgröße zwischen den Bundesländern, da Salden aus Rücklagenbewegungen und anderen haushaltstechnischen Bewegungen sowie etwaige Überschüsse oder Fehlbeträge aus Vorjahren nicht berücksichtigt werden.

In den Werten für Rheinland-Pfalz ist auch die Nettokreditaufnahme beim landeseigenen Pensionsfonds in Höhe von 135 EUR je Einwohner für 2011, 138 EUR je Einwohner für 2012 sowie 158 EUR je Einwohner für 2013 enthalten. Diese Verschuldung des Landes beim landeseigenen Pensionsfonds, die in anderen Ländern nicht oder nicht in gleichem Maße ausgewiesen wird, verzerrt die Pro-Einwohner-Werte erheblich zu Ungunsten des Landes.

4. Wie hoch ist der Prozentsatz der Kreditaufnahmen an den bereinigten Gesamtausgaben im Vergleich der Flächenländer in diesen Jahren (Kernhaushalt)?

Kreditfinanzierungsquote im Ländervergleich

Jahr ¹⁾	BW	BY	HE	NI	NW	RP	SL	SH	Flächenländer West ²⁾	BB	MV	SN	ST	TH	Flächenländer Ost ²⁾	Flächenländer-gesamtheit ²⁾
	in v. H.															
2011	0,0	-0,4	7,4	8,1	5,7	14,0	10,8	6,0	4,6	0,0	-1,4	-8,7	2,1	2,8	-2,0	3,3
2012	0,0	-2,5	4,8	-7,2	1,7	6,1	9,2	-1,0	0,1	-6,9	-1,2	0,2	-0,2	-1,9	-1,8	-0,3
2013	4,7	-1,2	6,1	2,3	6,1	8,9	13,6	4,7	4,2	3,1	0,0	1,8	-0,3	-0,7	1,0	3,6

1) 2011: endgültiges Ist laut ZDL-Vierteljahreskassenstatistik; 2012: vorläufiges Ist laut ZDL-Vierteljahreskassenstatistik; 2013: Haushaltsansätze laut ZDL.
 2) Unkonsolidiert.
 Die Kreditfinanzierungsquote eignet sich nur sehr eingeschränkt als Vergleichsgröße zwischen den Bundesländern, da in der zugrunde liegenden Nettokreditaufnahme die Salden aus Rücklagenbewegungen und anderen haushaltstechnischen Bewegungen sowie etwaige Überschüsse oder Fehlbeträge aus Vorjahren nicht berücksichtigt werden.

Die Anmerkungen zur Vergleichbarkeit in der Antwort zu Frage 3 bezüglich der offen ausgewiesenen Kreditaufnahme des Landes beim landeseigenen Pensionsfonds gelten hier entsprechend.

5. Wie hoch ist der Schuldenstand des Landes je Einwohner in den Jahren 2011, 2012 und voraussichtlich 2013 im Vergleich zu den anderen Flächenländern (Kernhaushalt, Landesbetriebe, Uniklinik, private Vorfinanzierung)?

In der nachfolgenden Tabelle werden lediglich die Kreditmarktschulden der Kernhaushalte dargestellt, da der Landesregierung keine Informationen über die Landesbetriebe und die weiteren Extrahaushalte der anderen Länder für das noch laufende Haushaltsjahr 2013 vorliegen.

Die Schulden in Euro je Einwohner von Rheinland-Pfalz (einschließlich Landesbetriebe, Klinikum Johannes Gutenberg-Universität und private Vorfinanzierung) ergeben sich aus der Antwort zu Frage 1 und 2.

Jahr ¹⁾	BW	BY	HE	NI	NW	RP ²⁾	SL	SH	Flächenländer West	BB	MV	SN	ST	TH	Flächenländer Ost	Flächenländer-gesamtheit
	in EUR je Einwohner															
2011	4 020	2 344	6 519	7 200	7 174	7 292	11 546	9 519	5 798	7 299	6 005	1 434	9 044	7 448	5 588	5 762
2012	4 002	2 250	6 728	7 108	7 407	7 473	13 082	9 623	5 886	7 330	5 976	1 242	9 103	7 425	5 530	5 826
2013	4 170	2 209	6 944	7 188	7 615	7 640	13 610	9 784	6 022	7 465	5 976	1 314	9 092	7 395	5 572	5 947

1) 2011: endgültiges Ist laut ZDL-Vierteljahreskassenstatistik; 2012: vorläufiges Ist laut ZDL-Vierteljahreskassenstatistik; 2013: Haushaltsansätze laut ZDL.
 2) Ohne Kreditmarktschulden der Landesbetriebe und ohne Schulden gegenüber dem Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung Rheinland-Pfalz.

6. Wie hoch sind zum Jahresende 2012 und voraussichtlich zum Jahresende 2013 die Kredite, die die „PLP Management GmbH & Co. KG“ zum Kauf oder im Rahmen der Aktivierung von Landesvermögen aufgenommen hat und noch refinanzieren muss?

Sowohl zum 31. Dezember 2012 als auch voraussichtlich zum 31. Dezember 2013 wird die PLP Management GmbH & Co. KG über ein positives Eigenkapital verfügen. In der vorläufigen Bilanz zum 31. Dezember 2012 sind dabei Kredite in Höhe von ca. 719 Mio. EUR ausgewiesen. Zum 31. Dezember 2013 wird voraussichtlich ein Kreditbestand von 697 Mio. EUR vorhanden sein.

7. In welchem Verhältnis steht bei den beiden Landesbetrieben LBB und LBM Ende 2012 und voraussichtlich Ende 2013 das ausgewiesene Kapital der Betriebe zu den Bankverbindlichkeiten?

LBB

Das ausgewiesene Kapital steht zu den Bankverbindlichkeiten zum 31. Dezember 2012 im Verhältnis 2,4 zu 1 und voraussichtlich zum 31. Dezember 2013 (Prognose) im Verhältnis 2,03 zu 1.
 Der Anteil der Gesellschafterdarlehen am ausgewiesenen Kapital beträgt zum 31. Dezember 2012 rd. 52 % und voraussichtlich zum 31. Dezember 2013 (Prognose) rd. 50 %.

LBM

Das ausgewiesene Kapital steht zu den Bankverbindlichkeiten zum 31. Dezember 2012 im Verhältnis 1,37 zu 1 und voraussichtlich zum 31. Dezember 2013 (Prognose) im Verhältnis 1,17 zu 1.
 Der Anteil der Gesellschafterdarlehen am ausgewiesenen Kapital beträgt zum 31. Dezember 2012 rd. 43 % und voraussichtlich zum 31. Dezember 2013 (Prognose) rd. 39 %.

8. *Wie beurteilt die Landesregierung die Tatsache, dass Rheinland-Pfalz im Gegensatz zu mehreren Bundesländern nicht ohne jährliche Nettoverschuldung auskommt bzw. diesem Punkt nicht nahegekommen ist?*

Die Landesregierung konnte die Nettokreditaufnahme im Haushaltsjahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um 1 128 Mio. EUR deutlich reduzieren. Auch das strukturelle Finanzierungsdefizit wurde stärker als geplant zurückgeführt. Das Ergebnis zeigt, dass das Land die im Konsolidierungsprogramm festgelegten Maßnahmen für 2012 erfolgreich umgesetzt hat und seinem Ziel, ab 2020 einen strukturellen Haushaltsausgleich zu erreichen, erheblich nähergekommen ist.

Unterschiedliche Werte der jährlichen Neuverschuldung zwischen den Ländern sind vor dem Hintergrund starker Unterschiede in der Finanzausstattung der Länder zu interpretieren. Dabei sind die originäre Finanzkraft und die Position im Gesamtgefüge des bundesstaatlichen Finanzausgleichs gleichermaßen zu berücksichtigen. Vor allem die neuen Bundesländer verfügen aufgrund der Hilfen für den Aufbau Ost über ein vergleichsweise sehr hohes Einnahmenniveau, das allein bei Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen um rund 700 EUR je Einwohner über den Einnahmen von Rheinland-Pfalz liegt. Bei gleicher Sonderförderung hätte Rheinland-Pfalz im Jahr 2012 einen Überschuss von 1,9 Mrd. EUR erwirtschaftet.

Zudem ist zu beachten, dass Rheinland-Pfalz aktuell rund 550 Mio. EUR an Nettokreditaufnahme ausweist, die tatsächlich Verschuldung beim landeseigenen Pensionsfonds darstellt und in dieser Größenordnung in anderen Ländern nicht dargestellt wird.

9. *Wie hoch sind im Jahr 2012 und voraussichtlich im Jahr 2013 die Zinszahlungen, die die „PLP Management GmbH & Co. KG“ leisten muss?*

Die Zinsaufwendungen belaufen sich im Jahr 2012 auf ca. 23,6 Mio. EUR und für das Jahr 2013 voraussichtlich auf ca. 18,6 Mio. EUR. Diese Zinsaufwendungen beinhalten sowohl Darlehenszinsen als auch Swap-Zinsen. Den Swap-Zinsen stehen auch Swap-Erträge gegenüber.

10. *Wie hoch sind im Jahr 2012 und voraussichtlich im Jahr 2013 die Zinszahlungen, die aus den Krediten am Kreditmarkt für den Landeshaushalt (Kernhaushalt), für die Kredite beim Pensionsfonds, soweit in den anderen Positionen nicht enthalten, für die private Vorfinanzierung von Investitionsmaßnahmen, für die Kredite der Mainzer Universitätsklinik und die Finanzierung des Krankenhausbaus aus dem Landeshaushalt zu leisten sind, sowie die Zinszahlungen der Landesbetriebe für deren Kredite am Kreditmarkt?*

Zinszahlungen in Rheinland-Pfalz

	2012 Ist Mio. EUR	2013 voraussichtliches Ist Mio. EUR
Kernhaushalt (Kreditmarktschulden) ¹⁾	967	1 168
Landesbetrieb Mobilität (Kreditmarktschulden)	57	65
Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (Kreditmarktschulden)	19	20
Klinikum Johannes Gutenberg-Universität	1	1
Krankenhausinvestitionen ²⁾	9	9
Private Vorfinanzierung von Investitionsmaßnahmen	3	3
– Mietkauf von Straßen (Mogendorfer Modell)	1	2
– Mietkauf von Deichen	2	1
Summe	1 057	1 266
1) 2013: Haushaltsansatz. 2) Es handelt sich hierbei nicht um Zinszahlungen des Landes, sondern um den Finanzierungsbeitrag (Zinsanteil) an Krankenhausträger für die von diesen aufgenommenen Darlehen.		

11. *Wie hoch ist der Anteil aller dieser Zinszahlungen an den Steuereinnahmen des Landeshaushalts mit und ohne Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen in 2012 und voraussichtlich in 2013?*

Anteil der Zinszahlungen an den Steuereinnahmen von Rheinland-Pfalz

Zins-Steuer-Quote	2012	2013
Steuereinnahmen ¹⁾ ohne Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen	10,4 %	12,3 %
Steuereinnahmen ¹⁾ inklusive Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen	10,0 %	11,7 %
1) Inklusive Kompensationsmittel für den Übergang der Ertragshoheit der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund.		

12. Wie hoch ist in diesen Jahren der Anteil der Zinsabzahlungen aus dem Kernhaushalt an den Steuereinnahmen incl. LFA und BEZ nach Kenntnis der Landesregierung im Vergleich der Flächenländer?

Zins-Steuer-Quote im Ländervergleich *)

Jahr ¹⁾	BW	BY	HE	NI	NW	RP	SL	SH	Flächen- länder West	BB	MV	SN	ST	TH	Flächen- länder Ost	Flächen- länder- gesamtheit
	in v. H.															
2012	5,9	3,1	9,1	9,4	9,0	9,1	19,0	12,3	7,6	7,1	6,6	2,3	9,2	8,4	6,1	7,3
2013	6,8	2,9	8,4	9,9	8,6	10,8	17,6	12,8	7,8	8,1	7,2	2,3	8,4	8,6	6,3	7,5

*) Steuereinnahmen zuzüglich Kompensationsmittel für den Übergang der Ertragshoheit der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund sowie Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und aus Bundesergänzungszuweisungen; abzüglich Zahlungen in den Länderfinanzausgleich.

1) 2012: vorläufiges Ist laut ZDL-Vierteljahreskassenstatistik; 2013: Haushaltsansätze laut ZDL.

13. Wie hoch ist in den Jahren 2012 und voraussichtlich 2013 der durchschnittliche Zinssatz für die Kredite am Kreditmarkt des Landeshaushalts (Kernhaushalts)?

Zinssatz für Kredite am Kreditmarkt des Kernhaushalts

2012	2013
3,1 %	3,1 % voraussichtlich

14. Welche Auswirkungen wären nach Einschätzung der Landesregierung für die Zinsabzahlungen des Landes für den Kernhaushalt, den Pensionsfonds, die Landesbetriebe zu erwarten, wenn z. B. ab Mitte 2014, in 2015 und 2016 der durchschnittliche Zinssatz für die Bruttoneuverschuldung um jeweils 1 % steigt?

Auswirkungen eines Zinsanstiegs

	2014 Mio. EUR	2015 Mio. EUR	2016 Mio. EUR
Anstieg der Zinsausgaben für den Kernhaushalt ¹⁾	38	117	196
für die Landesbetriebe	2	6	8
für die Darlehen beim Pensionsfonds	4	13	23

1) Darlehen am Kreditmarkt.
Die Werte sind das Ergebnis einer Modellberechnung.

15. Welche Vorsorge hält die Landesregierung für angebracht, angesichts des derzeit extrem niedrigen Zinsniveaus eine allmähliche Normalisierung der allgemeinen Zinssätze für Zinsen am Kreditmarkt in Rechnung zu stellen?

Die Konsolidierungsplanung der Landesregierung berücksichtigt alle Einnahme- und Ausgabepositionen des Landes. Bei den Zinsausgaben wurde für den Planungshorizont eine Erhöhung des allgemeinen Zinsniveaus unterstellt. Dabei liegen den Planungen Zinsannahmen zugrunde, die mit den erwarteten gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen korrespondieren. Darüber hinaus wird die Zinsausgabenposition seit einigen Jahren insbesondere durch Vereinbarung längerfristiger Zinsbindungen stabilisiert. Damit hat die Landesregierung bereits Vorsorge für eine Normalisierung des allgemeinen Zinsniveaus am Kreditmarkt getroffen.

16. Wie hoch ist zum Jahresende 2012 und voraussichtlich zum Jahresende 2013 die Vorbelastung künftiger Haushalte
- aus Verpflichtungsermächtigungen,
 - aus verbindlichen Vorabzusagen für Bewilligungen (Bewilligungen und Vorabzusagen für Bewilligungen gegliedert nach Haushaltstiteln),
 - aus Zinsabzahlungen für die Kredite des Kernhaushalts, der Landesbetriebe, der Universitätsklinik, der privaten Vorfinanzierungen, die Kredite zur Krankenhaushausfinanzierung,
 - aus den Versorgungsansprüchen von Landesbediensteten und deren Hinterbliebenen?

Zu Punkt 1:

Im Haushaltsjahr 2012 wurden Verpflichtungen i. H. v. 617,0 Mio. EUR eingegangen. Im Haushaltsjahr 2013 werden voraussichtlich Verpflichtungen i. H. v. 533,7 Mio. EUR eingegangen.

Zu Punkt 2:

In den Jahren 2012 und 2013 wurden keine verbindlichen Vorabzusagen für Bewilligungen gegeben, die zu Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre führen.

Zu Punkt 3:

Die Vorbelastung künftiger Haushalte aus Zinszahlungen ergibt sich aus der Antwort zu Frage 10.

Zu Punkt 4:

Die Aufwendungen aus Versorgungsansprüchen (d. h. ohne Beihilfe), die aus dem Landeshaushalt zu leisten sind, werden sich gemäß Haushalt 2012/2013 und Finanzplanung 2011 bis 2016 voraussichtlich wie folgt entwickeln:

Jahr	Versorgungsbezüge in Mio. EUR
2013	1 293
2014	1 391
2015	1 470
2016	1 545

Der Prognose (ohne Globalhaushalte und Landesbetriebe) liegt die voraussichtliche Entwicklung der Anzahl der Versorgungsempfänger sowie die derzeitige Rechtslage zugrunde. Die durch das Erste Dienstrechtsänderungsgesetz zur Verbesserung der Haushaltsfinanzierung vom 20. Dezember 2011 (GVBl. S. 430) für die Jahre 2013 bis 2016 festgelegten linearen Erhöhungen von jeweils 1 v. H. sind berücksichtigt.

17. *Wie hoch sind in den Jahren 2011, 2012 und voraussichtlich 2013 die Aufwendungen des Landes zum Ausgleich von Verlusten privater wirtschaftlicher Firmen mit Landesbeteiligungen und die Erträge aus solchen Beteiligungen (Auflistung)?*

	2011 (Ist)	2012 (Ist)	2013 (Ansatz)
	Mio. EUR		
Einnahmen	259,8	329,4	311,1
Ausgaben	626,7	620,2	775,8

18. *Wie hoch sind nach Einschätzung der Landesregierung die jährlichen Investitionen, die notwendig wären, um das Immobilienvermögen des Landes bei Hochbauten und landeseigenen Verkehrsanlagen (aufgegliedert nach Kategorien) im bilanziellen Wert und der Wahrung von technischer Qualität und Sicherheit zu erhalten?*

Hochbauten

Um die Hochbauten des Landes im bilanziellen Wert und der Wahrung von technischer Qualität und Sicherheit zu erhalten, sind nach Einschätzung der Landesregierung jährlich rund 90 Mio. EUR incl. Baunebenkosten notwendig.

Landeseigene Verkehrsanlagen

Bezüglich des Investitionsbedarfs im Straßenbereich wird auf die Antwort der Landesregierung zu den Fragen 64 bis 66 der Großen Anfrage der CDU-Fraktion zum Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz hingewiesen (Drucksache 16/2108 vom 6. März 2013). Die zu tätigenen Investitionen zur Substanzerhaltung der Verkehrsanlagen des BLAW an Wasserstraßen (Hafenmauern, Umschlaganlagen, Straßen, Gleisanlagen etc.) erfolgen bedarfsorientiert.

19. Wie hoch ist zum Jahresende 2012 und voraussichtlich zum Jahresende 2013 das Vermögen des Landes aus Forderungen an staatliche und sonstige öffentliche Institutionen und an Private, an Beteiligungen, Immobilien und an sonstigem Vermögen (jeweils aufgeteilt)?

Landesvermögen

	Geldforderungen	Beteiligungen	Immobilien	Sonst. Vermögen
	in Mio. EUR			
2011	5 696,7	322,9	7 253,6 ¹⁾	2 224,1
2012 ^{*)}	5 853,1	318,0	7 215,3 ¹⁾	2 023,1
2013	Es ist keine belastbare Prognose zum Jahresende möglich.			

1) Bilanziertes Grundvermögen der Landesbetriebe.

*) Zum Berichtszeitpunkt liegen für das abgelaufene Haushaltsjahr 2012 noch nicht in allen Bereichen die zu einer belastbaren Beantwortung erforderlichen Daten vor. Insbesondere stehen die Abschlüsse der Landesbetriebe und Globalhaushalte aus, die für die Angaben über den Wert der Immobilien und das sonstige Vermögen notwendig sind.

Für das Jahr 2012 sind die Angaben deshalb als vorläufig zu betrachten bzw. es musste teils auf die Vorjahreswerte aus 2011 zurückgegriffen werden. Voraussichtliche Zahlen für das laufende Jahr 2013 verbieten sich aufgrund der unvollständigen Datenlage.

20. In welchem Umfang wurde 2012 und wird voraussichtlich 2013 Vermögen des Landes und der Landesbetriebe veräußert oder aktiviert (nach Jahren aufgeteilt)?

	2012 Ist Mio. EUR	2013 Ansatz Mio. EUR
Kernhaushalt Vermögenserlöse (Obergruppe 13) Aktivierung von Vermögen	37 –	26 –
Landesbetrieb Mobilität Vermögenserlöse ¹⁾ Aktivierung von Vermögen	1 –	1 –
Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung Vermögenserlöse Aktivierung von Vermögen	4 –	6 –
Aktivierung wurde hierbei nicht als buchhalterisches Verfahren zur Erfassung von Vermögensgegenständen im Sinne der Bilanzierung verstanden.		
1) Im Landesbetrieb Mobilität wurde im Jahr 2012 Anlagevermögen in der Größe von 644 000 EUR veräußert. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Verkaufserlöse von ausgesonderten Fahrzeugen und Geräten, die noch anteilig zwischen Land, Bund und Landkreisen aufgeteilt werden, sowie in geringem Maße um Verkaufserlöse von Kleinparzellen an Landesstraßen. Für das Jahr 2013 wird ein Volumen von rund 500 000 EUR erwartet.		

21. In welchem Umfang und für welche Zwecke beabsichtigt die Landesregierung die Veräußerung von Landesvermögen ab dem Jahr 2013?

	2014 Plan Mio. EUR	2015 Plan Mio. EUR	2016 Plan Mio. EUR
Kernhaushalt Vermögenserlöse (Obergruppe 13) ¹⁾ Aktivierung von Vermögen	26 –	26 –	26 –
1) Bei den Vermögenserlösen handelt es sich überwiegend um Einnahmen aus der Wiederanlage von Darlehensrückflüssen durch Kreditinstitute, welche die beiden PLPs begeben haben – im Rahmen der bestehenden Verträge.			

22. Welche Ausgaben wurden 2012 und werden voraussichtlich 2013 durch Stiftungen mit Beteiligung des Landes aus deren Kapital oder Kapitalerträgen zur Förderung von Kultur, Sozialem, Wissenschaft und Forschung sowie der Wirtschaft in Rheinland-Pfalz getätigt?

Die Ausgaben von Stiftungen mit Beteiligung des Landes aus deren Kapital oder Kapitalerträgen zur Förderung von Kultur, Sozialem, Wissenschaft und Forschung sowie der Wirtschaft in Rheinland-Pfalz haben sich im Jahre 2012 auf 15,8 Mio. EUR belaufen und werden im Jahre 2013 voraussichtlich den Betrag von 16,3 Mio. EUR erreichen.

23. Welche jährlichen Ausgaben wie Kredite oder Zuschüsse und welche Bürgschaften und Garantien zur Förderung der Wirtschaft des Landes tätigt die Investitions- und Strukturbank des Landes (ISB) aus Eigenmitteln (also nicht aus der Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln) zur Förderung der Wirtschaft des Landes im Jahr 2012 und voraussichtlich 2013?

Die bewilligten Bürgschaften und Garantien sowie die Ausgaben zu den Krediten und Zuschüssen aus den Eigenmitteln der Investitions- und Strukturbank (ISB) zur Förderung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft stellen sich wie folgt dar:

	2012 TEUR	Plan 2013 TEUR
Bürgschaften/Garantien ¹⁾	8 806	10 076
Darlehen (Ausfälle/Ausgaben)	15	530
Zuschüsse (Ausgaben)	0	0
1) Veränderungen der Vorjahreszahlen ergeben sich aus Umbuchungen der Garantien und Bürgschaften (Moratorium) in die ISB-Bürgschaften sowie der Ausbuchung aller wirksamen Moratoriumsengagements mit Übergang auf die Bürgschaftsbank.		

24. In welcher Höhe wurden oder werden 2011, 2012 und 2013 Investitionsausgaben, allgemeine Verwaltungskosten oder Ausgaben für Zuwendungen (zum Zeitpunkt der Ausgliederung) aus dem Kernhaushalt in Landesbetriebe, Anstalten oder rechtlich selbstständige Einrichtungen ausgelagert?

Durch die Ausgliederung des Leibniz-Zentrums für Psychologische Information und Dokumentation im Haushaltsjahr 2013 (Kapitel 09 14) wurden Einnahmen i. H. v. 1,6 Mio. EUR sowie Ausgaben i. H. v. 3,0 Mio. EUR aus dem Landeshaushalt ausgelagert. Gleichzeitig wurde ein neuer Zuschusstitel i. H. v. 1,4 Mio. EUR in Kapitel 09 02 etatisiert.

25. Welche Rückflüsse aus Darlehen im Rahmen der Wohnungsbauförderung gab es in den Jahren 2011, 2012 und gibt es voraussichtlich 2013, 2014 und 2015?
26. In welchem Umfang sind diese rückfließenden Mittel infolge der Maßnahmen zum Verkauf und zur Aktivierung des Wohnungsbauvermögens ab dem Jahr 2004 gebunden und stehen als allgemeine Deckungsmittel des Landeshaushalts oder für die Finanzierung der künftigen Wohnungsbauförderung nicht mehr zur Verfügung?

Die Rückflüsse aus Darlehen im Rahmen der Wohnungsbauförderung betrugen im Jahr 2011 rd. 111,9 Mio. EUR und im Jahr 2012 rd. 176,4 Mio. EUR.

Diese rückfließenden Mittel standen im Jahr 2011 zu rd. 70,5 % und im Jahr 2012 zu rd. 71,8 % als allgemeine Deckungsmittel des Landeshaushalts oder zur Finanzierung der künftigen Wohnungsbauförderung nicht mehr zur Verfügung.

Ein Großteil der Rückflüsse besteht aus außerplanmäßigen Tilgungen, die sich jedoch für die Zukunft nicht seriös prognostizieren lassen.

27. Wie hoch waren die Steuereinnahmen des Landeshaushalts je Einwohner ohne und mit Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen nach Kenntnis der Landesregierung im Vergleich zu den anderen Flächenländern in den Jahren 2012 und wie hoch werden sie voraussichtlich 2013 sein?

Steuereinnahmen ¹⁾ ohne Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen:

Jahr ²⁾	BW	BY	HE	NI	NW	RP	SL	SH	Flächen- länder West ³⁾	BB	MV	SN	ST	TH	Flächen- länder Ost ³⁾	Flächen- länder- gesamtheit ³⁾
in EUR je Einwohner																
2012	2 938	2 948	2 845	2 542	2 583	2 555	2 452	2 532	2 731	2 471	2 476	2 479	2 494	2 458	2 476	2 688
2013	2 958	3 028	3 054	2 624	2 664	2 591	2 601	2 621	2 812	2 550	2 502	2 472	2 517	2 503	2 505	2 760

Steuereinnahmen ¹⁾ inkl. Länderfinanzausgleich ⁴⁾ und Bundesergänzungszuweisungen:

Jahr ²⁾	BW	BY	HE	NI	NW	RP ²⁾	SL	SH	Flächen- länder West ³⁾	BB	MV	SN	ST	TH	Flächen- länder Ost ³⁾	Flächen- länder- gesamtheit ³⁾
in EUR je Einwohner																
2012	2 693	2 644	2 557	2 564	2 623	2 663	2 670	2 632	2 629	3 282	3 446	3 351	3 430	3 377	3 368	2 753
2013	2 721	2 707	2 749	2 650	2 678	2 704	2 835	2 716	2 701	3 326	3 401	3 283	3 406	3 363	3 342	2 808

1) Inkl. Kompensationsmittel für den Übergang der Ertragshoheit der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund.

2) 2012: vorläufiges Ist laut ZDL-Vierteljahreskassenstatistik; 2013: Haushaltsansätze laut ZDL.

3) Unkonsolidiert.

4) Inkl. Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und abzgl. Zahlungen in den Länderfinanzausgleich.

28. Welche zweckgebundenen Zuweisungen erhält das Land 2012 und voraussichtlich 2013 durch den Bund, durch die Europäische Union und andere Stellen (aufgegliedert)?

29. In welchem Umfang werden in der gleichen Zeit notwendige Landesergänzungsmittel zu diesen Zuweisungen verausgabt?

Haushaltsjahr	Bundeszufweisung	EU-Mittel	Sonstige	Landesanteil
	Mio. EUR			
2012	843,8	100,2	4,3	211,6
2013 (Prognose)	944,6	113,8	2,9	227,0

30. Welche Eigenmittel setzte die Investitions- und Strukturbank (ISB) in den Jahren 2011, 2012 und voraussichtlich 2013 für Zwecke der Wirtschaftsförderung (ohne Landwirtschaft) und für die Landwirtschaft ein, gegliedert nach verlorenen Zuschüssen, Krediten und Bürgschaften?

Die Investitions- und Strukturbank (ISB) setzte für Zwecke der Wirtschaftsförderung (ohne Landwirtschaft) und für die Landwirtschaft folgende Eigenmittel ein:

	2011 TEUR	2012 TEUR	Plan 2013 TEUR
Bürgschaften/Garantien ¹⁾	23 894	8 806	10 076
davon Landwirtschaft	0	0	0
davon Ausfälle	2 364	3 227	5 298
Darlehen	23 347	17 872	23 430
davon Landwirtschaft	0	0	0
davon Ausfälle	1 440	15	530
verlorene Zuschüsse	298	0	0
davon Landwirtschaft	0	0	0

1) Veränderungen der Vorjahreszahlen ergeben sich aus Umbuchungen der Garantien und Bürgschaften (Moratorium) in die ISB-Bürgschaften sowie der Ausbuchung aller wirksamen Moratoriumsengagements mit Übergang auf die Bürgschaftsbank.

31. Welche Haushaltsmittel setzt das Land im gleichen Zeitraum für die Wirtschaftsförderung (ohne Landwirtschaft) und für die Landwirtschaft ein?

	2011	2012	2013 (Prognose)
	Mio. EUR		
Wirtschaftsförderung	61,2	52,9	68,8
davon Haushaltsmittel für Landesbürgschaften (Stand: Juli/2013)	0,2	7,3	10,5
Landwirtschaftsförderung	75,2	70,0	73,6

32. Wie entwickelten sich die Nettozahlungen (nach Abzug von Erstattungen) aus dem Landeshaushalt nach Bundessozialhilfegesetz, für Wohngeld, für Landesblindengeld und für die Kosten bzw. Kostenerstattungen, die aus der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern fällig wurden, im Jahr 2012 und voraussichtlich 2013?

Haushaltsjahr	SGB XII ¹⁾	Wohngeld	Landesblindengeld	Asylsuchende und Flüchtlinge ²⁾
	Mio. EUR			
2012	477	25	16	13
2013 (Prognose)	465	23	16	17

1) Steigende Ausgleichszahlungen des Bundes sind für die finanziellen Belastungen durch die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung berücksichtigt.
2) Zur Ermittlung der Nettoausgaben wurden Erstattungszahlungen nach dem Landesaufnahmegesetz sowie Kostenerstattungen für Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina und die hiervon abzusetzenden Bundeserstattungen berücksichtigt.

33. Wie entwickelt sich die Zahl der Landesbediensteten (in Vollzeitstellen) in den Jahren 2011, 2012 und voraussichtlich 2013, gegliedert nach Ressorts?

Die Zahl der Landesbediensteten richtet sich nach dem mit der Personalausgabenbudgetierung erst ab dem Jahr 1997 eingeführten Begriff des „Zahlfalls“, mit dem die individuellen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeiten in Vollzeitäquivalente umgerechnet werden. Hierbei werden auch nur die auf etatisierten Planstellen/Stellen (Gruppen 422 und 428) geführten Landesbediensteten berücksichtigt.

Unberücksichtigt bleiben danach Zahlfälle, die zwar auf Stellen im Landeshaushalt zu führen sind, die aber aus verschiedenen Gründen nicht aus dem Landeshaushalt finanziert werden.

Ferner gehen in die Zahlfallermittlungen nicht diejenigen ein, für die in dem entsprechenden Monat kein Grundgehalt bzw. -entgelt gezahlt wurde. Zahlungen, die lediglich die Zusatzversorgung beitrags- oder umlagefrei weiterführen oder lediglich das Kindergeld beinhalten, stellen im Rahmen der Personalausgabenbudgetierung keine Zahlfälle dar.

Die so ermittelte Anzahl der Landesbediensteten in Vollzeitäquivalente wird im Budgetbericht zum 31. Juli und zum 31. Dezember eines jeden Jahres, dort in der Anlage 2, dargestellt. Hieraus ergibt sich für die Jahre 2011, 2012 und anhand einer Prognose der Ressorts für das Haushaltsjahr 2013 folgende Entwicklung.

Einzelplan	zum Dezember 2011 in VZ (gerundet)	zum Dezember 2012 in VZ (gerundet)	Prognose zum Dezember 2013 in VZ (gerundet)
02 STK	147	148	150
02 LV	61	56	59
03	14 799	14 428	14 438
04	7 070	7 098	7 050
05	7 972	8 105	8 099
06	1 412	1 360	1 398
07	26	194	203
08	1 767	620	628
09	37 802	37 506	37 300
14	1 440	2 287	2 236
Gesamt	72 496	71 802	71 561
Anmerkungen: Nicht enthalten sind die Zahlfälle der Landtagsverwaltung und des Rechnungshofes. Zahlfallermittlung ohne Berücksichtigung der Altersteilzeit für Beamtinnen/Beamte und Beschäftigte; Landesbedienstete, die in Altersteilzeit – Blockmodell – gehen, werden bis zum Beginn ihrer Freistellungsphase aufgrund des reduzierten Grundgehalts bzw. des Grundentgelts nur noch mit der Hälfte des bisherigen Vollzeitanteils erfasst.			

34. *Wie hoch sind in diesen Jahren die Personalkosten des Landes, gegliedert nach Kosten für aktive Bedienstete und Pensionäre?*

Siehe Anlage zu Frage 34.

In der als Anlage beigefügten Übersicht sind die Jahresergebnisse der Hauptgruppe 4 – Personalausgaben – differenziert nach Ausgaben, die dem aktiven Bereich bzw. dem Bereich der Versorgung zuzuordnen sind, zu entnehmen. Für das Haushaltsjahr 2013 sind die aufgelaufenen Ausgaben der HGr. 4 bis einschließlich Juni 2013 dargestellt.

35. *Welche Zahl an Landesbediensteten (in Vollzeitstellen), gegliedert nach Ressorts, strebt die Landesregierung für die kommenden vier Jahre an?*

36. *Welche Entwicklung der Personalkosten des Landes ergibt sich daraus?*

Die Zahl der Landesbediensteten ist für die Landesregierung seit Einführung der Personalausgabenbudgetierung nicht mehr die entscheidende strategische Steuerungsgröße. Prinzipiell strebt die Landesregierung die Zahl der Landesbediensteten an, mit der möglichst effizient die verfassungsrechtlich vorgegebenen Aufgaben des Landes erfüllt werden können. Dabei berücksichtigt die Landesregierung die in der Antwort zu Frage 37 aufgeführten Gesichtspunkte.

37. *Welche Wege gibt es nach Einschätzung der Landesregierung, die Steigerung der Personalkosten des Landeshaushalts außer der gesetzlichen Festlegung der Anpassung der Beamtenbesoldung auf jährlich 1 % für die Zukunft prozentual geringer zu halten als den Zuwachs der Einnahmen?*

Schwerpunkt sind Effizienzsteigerungen – wie etwa durch Neuorganisationen – und die Nutzung der demografischen Dividende auch zur Haushaltskonsolidierung als Mittel einer generationengerechten Haushaltsgestaltung. Daneben spielen auch die Festlegung der Besoldungsanpassung der aktiven Beamten auf jährlich 1 % bis 2016 sowie die weiteren im ersten Dienstrechtsänderungsgesetz enthaltenen Maßnahmen im Bereich des finanziellen Dienstrechts eine Rolle. Ich verweise exemplarisch auf die Änderungen im Bereich der Beihilfe, bei den Familienzuschlägen, bei den vermögenswirksamen Leistungen etc.

38. *Welche Ausgaben des Landeshaushalts entfallen in den Jahren 2012 und voraussichtlich 2013 auf Presse- und Öffentlichkeitsarbeit?*

Jahr	in Mio EUR
2012 (Ansatz)	4,4
2012 (Ist)	4,0
2013 (Ansatz)	4,3

39. Welche Haushaltsreste entstanden 2012 und welche Reste wurden in das Folgejahr übertragen?

Ausgabereste			
	„klassisch“ nach § 45 LHO	„Bonus-/Malussystem“	Gesamt
		Mio. EUR	
2012	546,5	265,6	812,1

40. Welches sind für das Haushaltsjahr 2012 die fünf Titel mit den größten Haushaltsresten?

Kapitel	Titel	Betrag Mio. EUR	Zweckbestimmung
14 02	711 55	30,3	Verstärkung der Deiche an Gewässern I. Ordnung
20 02	461 01	30,0	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben
20 06	883 12	27,0	Zuweisung an die Stadt Mainz
20 26	613 01	24,1	Zuweisungen aus dem Kommunalen Entschuldungsfonds, KFA-Anteil
12 25	863 71	24,0	Baudarlehen und Aufwendungsdarlehen

41. Wie entwickelt sich das Verhältnis der laufenden Ausgaben zu den laufenden Einnahmen in den Jahren 2011, 2012 und voraussichtlich 2013?

Vergleiche Antwort zu den Fragen 40 und 41 der Großen Anfrage 15/328 (Landtagsdrucksache 15/458, Seite 11).

42. Welche Ausgaben aus dem Landeshaushalt oder der Landesbetriebe ergeben sich nach Einschätzung der Landesregierung für die kommenden vier Jahre aus ihrem Ziel, bis 2030 die gesamte in Rheinland-Pfalz verbrauchte elektrische Energie bilanziell im Land selbst aus erneuerbaren Energien zu erzeugen?

Für die Umsetzung der Energiewende in Rheinland-Pfalz wird die Landesregierung auch in den nächsten vier Jahren eine Vielzahl von Projekten in den Bereichen Energieeinsparung, Energieeffizienzsteigerung, erneuerbare Energien, intelligente Netze und virtuelle Kraftwerke sowie Energiespeicher durchführen. Beispielhaft seien hier genannt: Projekte im Rahmen der Zukunftsinitiative „Smart-Grids-Rheinland-Pfalz“, Energieberatung, Zuschüsse für Investitionen im Bereich der Energieeffizienz, insbesondere für den Bau und Ausbau von Nahwärmenetzen einschließlich Biomassefeuerungsanlagen, der energieeffizienten Gebäudesanierung, Unterstützung der Entwicklung von Energiespeichertechnologien sowie die Elektromobilität.

Ein besonders bedeutsamer Schwerpunkt der Energiepolitik sind die Beratungsaktivitäten der im Jahr 2012 gegründeten Energieagentur Rheinland-Pfalz einschließlich ihrer Regionalbüros und der von der Landesregierung unterstützten Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz.

Insbesondere die Beratungstätigkeiten der Energieagentur beziehen sich ebenso wie mehrere Projekte und Förderprogramme der Landesregierung auf den gesamten Bereich der Energiewende. Daher ist eine genaue Zuordnung der aufzuwendenden Mittel zur Erreichung des Ziels, den Stromverbrauch in Rheinland-Pfalz bilanziell zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien zu gewinnen, nicht möglich. Darüber hinaus hängt der Umfang einer Förderung von Projekten zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende in Rheinland-Pfalz durch das Land zum Teil auch von der Bereitstellung von Fördermitteln der Europäischen Union sowie der Bundesregierung für den Energiebereich ab und kann folglich derzeit noch nicht beziffert werden.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung setzt sich sowohl auf Ebene des Bundes als auch der Europäischen Union aktiv dafür ein, dass von Bund und EU in ausreichendem Maße finanzielle Mittel für Maßnahmen zur Energieeinsparung, Steigerung der Energieeffizienz sowie Ausbau und Systemintegration der erneuerbaren Energien im Strom-, Wärme- und Verkehrssektor für Industrie und Gewerbe, Kommunen sowie private Haushalte zur Verfügung gestellt werden.

43. Welche landesgesetzlichen und welche administrativen Maßnahmen zur Steigerung der Einnahmen des Landeshaushalts wird die Landesregierung in den kommenden vier Jahren ergreifen, um die Nettoneuverschuldung des Landes zu verringern?

44. Welche landesgesetzlichen und welche administrativen Maßnahmen zur Begrenzung der Ausgaben des Landeshaushalts wird die Landesregierung in den nächsten vier Jahren ergreifen, um die Nettoneuverschuldung des Landes zu verringern?

Die Konsolidierungsmaßnahmen im Bereich des finanziellen Dienstrechts sind im Ersten Dienstrechtsänderungsgesetz zur Verbesserung der Haushaltsfinanzierung vom 20. Dezember 2011 festgelegt. Die Erhebung des Wasserentnahmeentgelts ist im Landesgesetz über die Erhebung eines Entgelts für die Entnahme von Wasser aus Gewässern (LWEntG), das der rheinland-pfälzische Landtag am 20. Juni 2012 beschlossen hat, geregelt.

Die Anhebung des Grunderwerbsteuersatzes von 3,5 auf 5 Prozent ab 1. März 2012 ist mit dem Landesgesetz über die Bestimmung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer festgeschrieben. Damit wurden alle für die Umsetzung der vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen erforderlichen Gesetzesänderungen vorgenommen.

Die angekündigten sozialverträglichen Einsparungen im Personalbereich werden sowohl über den Abbau von Stellen als auch über die Personalbudgets gesteuert. Weitere Einsparungen erfolgen im Rahmen der jeweiligen Haushaltsaufstellungen. Grundsätzlich bleibt anzumerken, dass die Konsolidierung des Landeshaushalts einen Prozess darstellt, der auch zukünftig gesetzliche Maßnahmen erfordern kann.

45. *Mit welchen Mitteln beabsichtigt die Landesregierung, die in der geltenden Finanzplanung vorgesehene Senkung der sächlichen Verwaltungsausgaben (Hgr. 5) von in 2011 veranschlagten 752 Millionen Euro auf 703 Millionen Euro in 2016 und in der Langfristplanung bis 2020 auf 572 Millionen Euro zu bewerkstelligen?*

Wie in der Finanzplanung 2011 bis 2016 auf Seite 44 f. dargelegt, errechnen sich bei den sächlichen Verwaltungsausgaben Einsparungen in Höhe von 89 Mio. EUR für die Jahre 2012 bis 2020 durch bereits in Gang gesetzte Maßnahmen. Darin enthalten ist der Einsparbetrag des Landesbetriebs Mobilität in Höhe von 30 Mio. EUR. Konsolidierungsbeträge von 60 Mio. EUR p. a. sollen im Rahmen der jeweiligen Haushaltsaufstellungsverfahren der Jahre 2014 bis 2020 realisiert werden. Die technisch als globale Minderausgabe in der Gruppierung 549 gebuchten Einsparungen sollen im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben, der Zuweisungen und Zuschüsse sowie der Investitionen abzüglich der Mittel im kommunalen Finanzausgleich und abzüglich der Zuführungen an den Pensionsfonds erwirtschaftet werden. Im Haushaltsjahr 2012 wurde die Globale Minderausgabe in Höhe von 55 Mio. EUR vollständig erbracht.

46. *Welche Auswirkungen auf die Substanzerhaltung und die Modernisierung der Infrastruktur in Rheinland-Pfalz hat die Landesregierung im Zusammenhang mit der in der geltenden Finanzplanung vorgesehenen Einfrierung der Investitionsausgaben ohne den kommunalen Finanzausgleich bis 2020 auf 540 Millionen Euro und der damit verbundenen realen Senkung einkalkuliert?*

Rheinland-Pfalz hat in den vergangenen Jahren insbesondere über seine Landesbetriebe sehr hohe Beträge in seine Infrastrukturausstattung investiert. Hinzu kamen die im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes zur Konjunkturstützung vorgezogenen Investitionen. Gleichzeitig ist langfristig mit einem wachsenden Bedarf an Infrastruktur mit Blick auf die demografische Entwicklung nicht zu rechnen. Auch eine nominale Reduzierung der Investitionsausgaben des Landes gegenüber dem überhöhten Niveau 2009, 2010 und 2011 ist daher ohne Gefahr für eine moderne, vor allem aber auch bedarfsgerechte Infrastrukturausstattung des Landes möglich.

47. *Welche Erhöhung von Gemeinschaftssteuern, von Landessteuern und Landesabgaben in welcher Höhe, zu welchem Zeitpunkt und mit welchen zu erwartenden Einnahmen für den Landeshaushalt ist nach Auffassung der Landesregierung erforderlich, damit Rheinland-Pfalz bis spätestens 2020 auf eine Nettoneuverschuldung für seinen Haushalt verzichten kann?*

Die Konsolidierungsstrategie der Landesregierung zur Rückführung des strukturellen Defizits bis 2020 umfasst auch Konsolidierungsbeträge auf der Einnahmeseite. Zum einen wurde wie beschlossen der Grunderwerbsteuersatz zum 1. März 2012 um 1,5 Prozentpunkte erhöht. Dadurch konnten in 2012 Mehreinnahmen von 55 Mio. EUR erzielt werden. Im Jahr 2020 soll die Anhebung der Grunderwerbsteuer Mehreinnahmen von 119 Mio. EUR erbringen.

Daneben wurde zum 1. Januar 2013 ein Wasserentnahmeentgelt eingeführt. Diese Abgabe für die Entnahme von Grund- und Oberflächenwasser soll jährlich Mehreinnahmen von 20 Mio. EUR erbringen.

Ferner ist in der bisherigen Konsolidierungsplanung unterstellt, dass bis 2016 keine Steuersenkungen vorgenommen werden. Durch den progressiven Einkommensteuertarif lassen sich im Zeitablauf jedoch Steuermeheinnahmen erzielen.

In Vertretung:
Dr. Salvatore Barbaro
Staatssekretär

Anlage zu Frage 34

Jahr	HGr.	Gruppe	Gruppenbezeichnung	Ist 2011
2011	4	411	Aufwendungen für Abgeordnete	13 606 866,06 €
		412	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	1 663 354,63 €
		421	Bezüge des Ministerpräsidenten, Ministers, Bürgerbeauftragten und sonstiger Amtsträger	1 537 191,96 €
		422	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	2 787 818 315,01 €
		424	Zuführung an die Versorgungsrücklage	14 737 582,80 €
		427	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	134 451 583,57 €
		428	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	662 990 635,15 €
		429	Nicht aufteilbare Personalausgaben	53 330 111,24 €
		434	Zuführung an die Versorgungsrücklage	30 788 223,12 €
		441	Beihilfen, Unterstützungen und dgl.	182 554 153,10 €
		443	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	6 997 990,36 €
		452	Personalbezogene Zahlungen an die Sozialversicherungsträger (soweit nicht bei OGr 41 bis 44)	412 179,49 €
		453	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	2 720 202,79 €
		459	Sonstiges	8 918 154,35 €
		Summe	Aktiv	3 902 526 543,63 €
		432	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter	1 169 933 679,79 €
		438	Versorgungsbezüge der Arbeiter	40 141,24 €
		439	Sonstige	9 276 994,15 €
		446	Beihilfen für Versorgungsempfänger und dgl.	225 636 812,27 €
		Summe	Versorgung	1 404 887 627,45 €
		Gesamtergebnis	Aktiv und Versorgung	5 307 414 171,08 €

Jahr	HGr.	Gruppe	Gruppenbezeichnung	Ist 2012
2012	4	411	Aufwendungen für Abgeordnete	13 602 406,15 €
		412	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	1 540 013,47 €
		421	Bezüge des Ministerpräsidenten, Ministers, Bürgerbeauftragten und sonstiger Amtsträger	1 612 079,58 €
		422	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	2 785 130 784,94 €
		424	Zuführung an die Versorgungsrücklage	14 713 940,25 €
		427	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	132 730 042,89 €
		428	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	683 677 310,95 €
		429	Nicht aufteilbare Personalausgaben	50 241 574,88 €
		434	Zuführung an die Versorgungsrücklage	32 589 611,62 €
		441	Beihilfen, Unterstützungen und dgl.	187 824 592,37 €
		443	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	7 295 674,33 €
		452	Personalbezogene Zahlungen an die Sozialversicherungsträger (soweit nicht bei OGr 41 bis 44)	425 267,80 €
		453	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	2 586 410,72 €
		459	Sonstiges	11 281 572,40 €
		Summe	Aktiv	3 925 251 282,35 €
		432	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter	1 221 865 647,94 €
		438	Versorgungsbezüge der Arbeiter	36 775,32 €
		439	Sonstige	10 584 897,22 €
		446	Beihilfen für Versorgungsempfänger und dgl.	238 830 086,06 €
		Summe	Versorgung	1 471 317 406,54 €
		Gesamtergebnis	Aktiv und Versorgung	5 396 568 688,89 €

Jahr	HGr.	Gruppe	Gruppenbezeichnung	Ist Juni 2013
Juni 2013	4	411	Aufwendungen für Abgeordnete	7 675 339,31 €
		412	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	727 681,85 €
		421	Bezüge des Ministerpräsidenten, Ministers, Bürgerbeauftragten und sonstiger Amtsträger	957 793,67 €
		422	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	1 620 909 657,67 €
		424	Zuführung an die Versorgungsrücklage	7 369 419,15 €
		427	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	68 573 294,24 €
		428	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	325 691 679,72 €
		429	Nicht aufteilbare Personalausgaben	26 675 943,33 €
		434	Zuführung an die Versorgungsrücklage	16 983 858,55 €
		441	Beihilfen, Unterstützungen und dgl.	94 430 040,53 €
		443	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	3 767 795,87 €
		452	Personalbezogene Zahlungen an die Sozialversicherungsträger (soweit nicht bei OGr 41 bis 44)	5 576,12 €
		453	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	1 367 264,36 €
		459	Sonstiges	5 435 877,31 €
		Summe	Aktiv	2 180 571 221,68 €
		432	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter	738 698 682,96 €
		438	Versorgungsbezüge der Arbeiter	15 869,53 €
		439	Sonstige	121 093,39 €
		446	Beihilfen für Versorgungsempfänger und dgl.	124 414 936,95 €
		Summe	Versorgung	863 250 582,83 €
		Gesamtergebnis	Aktiv und Versorgung	3 043 821 804,51 €

